

**BLICK-
BRENN-
STAND-**

PUNKTE

**Deutschland in
Wohnungsnot**

**Mogelpackung
aus Brüssel**

**Neuer Name – selbes Spiel:
Heizungshammer durch die Hintertür**

Der Westen wacht auf!



Marc Bernhard
Mitglied des Deutschen Bundestages

Erreichtes. Geplantes. Perspektiven.



Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 **Neuer Name – selbes Spiel: Heizungs- hammer durch die Hintertür**
- 6 **Deutschland in Wohnungsnot**
- 8 Arbeitskreis Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
- 9 Arbeitskreis Wirtschaft und Energie
- 10 **Der Westen wacht auf!**
- 12 Pressekonferenzen der AfD-Bundestagsfraktion
- 13 Fahren Sie nach Berlin
- 14 **Mogelpackung aus Brüssel**
- 16 Auswahl meiner wichtigsten Anträge im Deutschen Bundestag
- 17 Ausgewählte Anfragen aus meinen Themen- und Fachbereichen
- 18 Vor Ort – beim Bürger
- 19 Wer zuletzt lacht...
- 20 Machen Sie mit! Impressum

Meine Reden im Bundestag



Alle meine Bundestagsreden in Youtube anschauen

www.youtube.com/@Marc-Bernhard



Vor Wort

Liebe Freunde, die Realität holt die Berliner Politik mit voller Wucht ein. Seit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sitzt die AfD stärker denn je im Südwesten in den Parlamenten – überall haben wir uns nahezu verdoppelt und die Ost-Wahlen stehen erst noch an.

Bundesweit klettern unsere Werte Woche für Woche auf Rekordhöhen: Die AfD liegt in den aktuellen Umfragen bei 28 Prozent und damit inzwischen sogar deutlich vor der Union.

Das ist kein Zufall. Das ist der Aufbruch. Die Leute erkennen: so kann es nicht weiter gehen!

Explodierende Heiz- und Spritkosten – Benzin und Diesel kosten derzeit flächendeckend weit über zwei Euro pro Liter. Unsere Regierung könnte das ändern, wie es viele andere europäische Länder bereits tun, sie aber unterlässt jegliche Hilfeleistung.



Der Nahe Osten brennt, die Deindustrialisierung Deutschlands läuft auf Hochtouren und die Bürger zahlen die Zeche. Während in Berlin weiter ideologisch regiert wird, steigen die Lebenshaltungskosten, die Energiepreise und die allgemeine Verunsicherung. Jetzt soll es sogar an die Familienversicherung gehen.

Die Auswirkungen der katastrophalen Politik der Altparteien spüren wir täglich, aber auch die Zahl unserer Unterstützer wächst stetig. Vorbei die Zeiten als man als AfD-Sympathisant allein auf weiter Flur stand, mehr und mehr getrauen sich, offen zu ihrer Meinung zu stehen.

Wir sind die stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag: geschlossen, hochmotiviert und mit klarer Linie. Wir stehen als Einzige für gesunden Menschenverstand.

Abonnieren Sie meinen E-Mail-Newsletter

www.marcbernhard.de



NUR mit der AfD

- ▶ wird die Deindustrialisierung aufgehalten,
- ▶ gibt es wieder bezahlbare Energie,
- ▶ herrscht echte (Meinungs-)Freiheit,
- ▶ gelingt die (Re-)Migrationswende und
- ▶ wird „Dem Deutschen Volke“ wieder ernst genommen.

Jetzt ist die Zeit, den Kurswechsel zu vollziehen. Wir holen uns unser Land zurück. Lassen Sie uns den Aufbruch in ein besseres Deutschland gemeinsam angehen.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Marc Bernhard



Neuer Name – selbes Spiel: Heizungshammer durch die Hintertür

Die Pinocchio-Union ruiniert die Bürger vordergründig nicht mehr mit dem Heizungshammer, sondern heimtückisch mit dem explodierenden CO₂-Preis

Wer den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD aufmerksam liest, traut seinen Augen kaum. Auf Seite 24 steht eine AfD-Forderung, nämlich das Heizungsgesetz abzuschaffen und wieder die freie Heizungswahl zu ermöglichen. Nur einen Satz weiter heißt es aber: „Die erreichbare CO₂-Vermeidung soll zur zentralen Steuerungsgröße werden.“ Damit ist alles gesagt – und nichts gewonnen.

modernisierungsgesetz“ – kurz GMG. Das klingt nach Neustart, nach Vernunft, nach Kurskorrektur. In Wirklichkeit ist es ein Taschenspielertrick: Das Heizungsgesetz wird umbenannt, nicht abgeschafft. Der Zwang wechselt lediglich das Instrument.

Schein-Freiheit beim Heizungskauf

Ja, wer heute eine neue Gas- oder Ölheizung einbau-

Wärmeversorgung. Wir werden das Heizungsgesetz abschaffen. Das neue GEG machen wir technologieoffener, flexibler und einfacher. Die erreichbare CO₂-Vermeidung soll zur zentralen Steuerungsgröße werden. Den Quartiersansatz werden wir stärken. Die Sanierungs- und

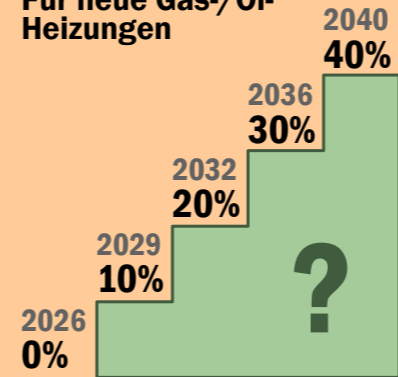
Friedrich Merz und seine Koalition nennen das Gebäudeenergiegesetz GEG künftig schlicht „Gebäude-

en möchte, darf das wieder. Das ist auch das Einzige, was sich wirklich ändert. Die Koalition feiert das als historische Wende. Dabei verschweigt sie geflissent-

lich, was ab 2028 auf die Bürger zukommt und was die eigentliche Waffe im politischen Arsenal des Kartells ist: Der CO₂-Preis.

Die Bio-Treppe

Für neue Gas-/Öl-Heizungen



Anteil „klimafreundlicher“ Brennstoffe (wie Biomethan) mit stufenweisem Anstieg bis 2040. Die einzelnen Stufen sind noch nicht festgelegt.

Ab 2029 kommt zudem die sogenannte „Bio-Treppe“. Neue fossile Heizungen müssen dann mindestens zehn Prozent klimafreundliche Brennstoffe nutzen – Biomethan, Bioöl oder Wasserstoff. Woher diese Stoffe in ausreichender Menge kommen sollen und was sie kosten werden, steht im

CDU-SPD-Eckpunktepapier nicht. Eines ist jedoch sicher: Günstiger als normale Brennstoffe werden sie nicht sein.

Die CO₂-Bombe tickt ab 2028

Das eigentliche Instrument der Bürger-Enteignung heißt ETS 2 – der neue europäische Emissionshandel. Ab 2028 gibt es keinen politisch festgelegten CO₂-Preis mehr. Stattdessen bildet er sich frei am Markt über Emissionszertifikate. Laut Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung könnte der CO₂-Preis bis 2030 auf 300 Euro pro Tonne steigen. Selbst wenn die Ölpreise wieder auf Vorkriegsniveau sinken, liegen die Spritpreise dann trotzdem jenseits von 2,50 Euro.

Enteignung durch Preisexplosion

Wer sich heute eine neue Gasheizung kauft und auf die Versprechen der Union vertraut, sitzt in der Falle. In wenigen Jahren werden die Betriebskosten durch den ETS-2-Preisanstieg so explodieren, dass Betroffene faktisch gezwungen sein werden, doch noch zu sanieren: Neue Fenster, Dämmung und Wärmepumpe. Gesamtkosten 100.000 bis 150.000 Euro.

Ganz davon abgesehen, dass der erreichte CO₂-Einspareffekt minimal wäre: Wer hat bitteschön solche

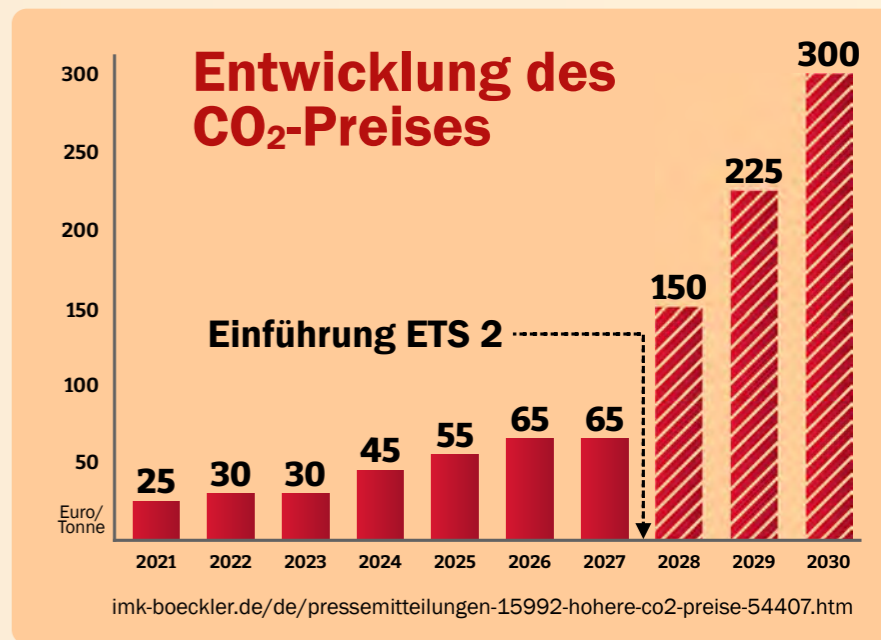
Geldbeträge herumliegen, um sein Haus zu sanieren? Und wie sollen Rentner sich sowas leisten, die gar keinen Kredit mehr dafür bekommen würden?

Das ist Enteignung mittels CO₂-Preishammer durch die Hintertür. Was Robert Habeck offen per Gesetz erzwingen wollte, erledigt Friedrich Merz nun heimlich und hinterrücks über den CO₂-Markt.

AfD: Echte Freiheit statt Etikettenwechsel

Die AfD hat diese Täuschung von Anfang an benannt. Während Union und SPD Etiketten tauschen, haben wir im Bundestag klar die vollständige Abschaffung des Heizungsgesetzes, das Ende der CO₂-Bepreisung und den Stopp der sogenannten kommunalen Wärmeplanung gefordert. Alle anderen Fraktionen lehnten ab. Das zeigt, wer es wirklich ernst meint mit der Entlastung der Bürger.

Eine AfD-geführte Bundesregierung wird nicht bei halben Maßnahmen stehenbleiben. Wir werden nicht nur das Heizungsgesetz – egal ob GEG oder GMG – vollständig abschaffen, sondern auch die ge-



samte CO₂-Besteuerung ersatzlos streichen, die kommunale Wärmeplanung beenden und die EU-Gebäuderichtlinie nicht umsetzen. Bürger und Wirtschaft brauchen keine neuen Gesetzesnamen. Sie brauchen endlich wieder Luft zum Atmen – finanziell und mit echter Wahlfreiheit.

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
www.afdbundestag.de



Deutschland in Wohnungsnot

Wie politisches Totalversagen, sozialistische Planwirtschaft und illegale Massenmigration Millionen Deutsche aus dem Wohnungsmarkt verdrängen

Ein junges Paar aus Wendlingen mit mehr als 7.000 Euro Einkommen pro Monat findet seit Jahren keine Wohnung. Das ist kein Einzelfall, sondern bitterer Alltag in Deutschland. Der Wohnungsmarkt liegt auf der Intensivstation und niemand in der Regierung hat ein wirksames Rezept.

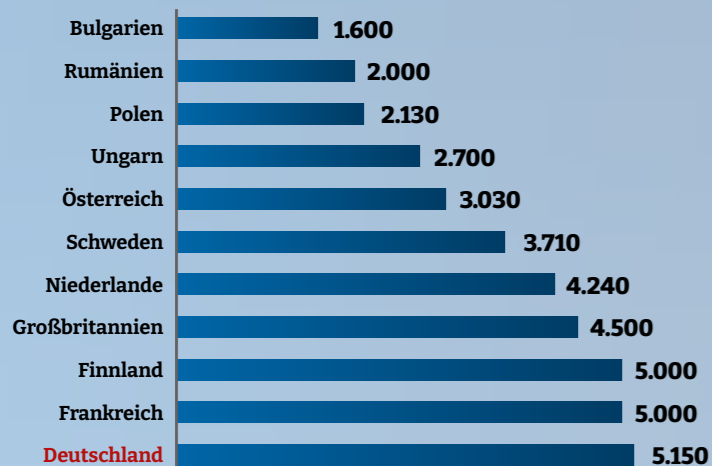
Laut Pestel-Institut fehlen bundesweit bis 2030 2,4 Millionen Wohnungen. Die Lage verschärft sich von Jahr zu Jahr. Während die Regierung Beruhigungsformeln wie den angeblichen „Bauturbo“ verkündet, bleibt die eigentliche Ursache der Krise systematisch unbehandelt: Sie ist vollständig politisch gemacht.

Das Baukostenproblem: Staat als Kostentreiber

Das eigentliche Problem ist kein Genehmigungsstau, sondern schlicht, dass Bauen in Deutschland unbezahlbar geworden ist. Rund 800.000 Wohnungen sind bereits genehmigt und fertig geplant, sie werden aber trotzdem nicht gebaut, weil sich die Kosten nicht refinanzieren lassen. Wenn der Neubau über 5.000 Euro pro Quadratmeter¹ kostet, sind Kaltmieten unter 20 Euro schlicht nicht finanzierbar. Doch wer kann sich so hohe Mieten denn noch leisten?

¹ CBRE GmbH: www.cbre.de

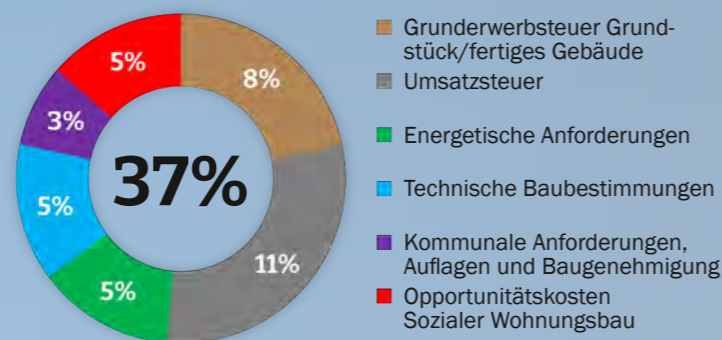
Baukosten-Vergleich



Zum Vergleich: In Österreich entstehen ähnliche Gebäude für rund 3.000 Euro pro Quadratmeter. Der Unterschied liegt nicht in der Qualität der Handwerker, sondern im staatlichen Kostendruck. Laut einer

Baukosten-Anteil

Staatlich bedingte Kosten beim Wohnungsbau



Analyse des Immobiliendienstleisters CBRE¹ macht allein der staatliche Anteil 37% der Baukosten in Deutschland aus – in Österreich sind es nur 7%.

Klimaideologie frisst Wohnraum

Dazu kommen ideologische Kostentreiber: Energetische Auflagen, Dämmwahn, Wärmepumpenzwang und CO₂-Steuer verteuern den Bau enorm.

»Immer neue Vorschriften und Auflagen treiben Investoren und Bauherren aus dem Markt.«

Das Gebäudeenergiegesetz, besser bekannt als Habecks Heizungshammer, belastet nicht nur Neubauten, sondern zwingt Eigentümer zu kostspieligen Sanierungen. Wer ein geerbtes Familienhaus übernimmt, wird sofort zur Kasse gebeten. Statt in Wohnraum zu investieren, finanziert Deutschland eine links-grüne Utopie auf dem Rücken der Bürger.

Massenmigration überhitzt den Markt

Parallel zum Kostenproblem explodiert die Nachfrage. Seit 2013 sind netto über 7,5 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert – das entspricht jährlich einer zusätzlichen Großstadt in der Größe Hannovers. Die Rechnung ist simpel:

»Ohne die Nettozuwanderung von über sieben Millionen Menschen seit 2013 bräuchten wir heute ca. drei Millionen Wohnungen weniger.«

Wohnraum wächst nicht im gleichen Tempo wie die Zuwanderung, das ist arithmetisch unmöglich. In den Ballungsräumen werden Einheimische verdrängt, Mieten steigen um fünf bis zehn Prozent jährlich. Gleichzeitig bezahlen Steuerzahler die Unterkunft für hunderttausende Bürgergeldempfänger und Asylbewerber, während selbst Familien mit gutem Einkommen monatelang vergeblich suchen.

Symptombehandlung statt Heilung

Die Regierung antwortet auf diese selbst erzeugte Krise mit Mietpreisbremsen, BGH-Urteilen zur Untervermietung und dem sogenannten „Bauturbo“. Das ist eine reine Symptombehandlung, die das

Grundproblem nicht nur ignoriert, sondern noch verschlimmert. Planwirtschaftliche Eingriffe schrecken Investoren ab, senken das Angebot weiter und treiben langfristig die Preise noch weiter in die Höhe.

Die Bauwerkskosten sind seit 2013 um über 42% gestiegen², der Wohnungsbau ist zugleich drastisch eingebrochen. Enteignungspläne, wie sie die Berliner SPD ins Abgeordnetenhaus eingebracht hat, vernichten vollends das Vertrauen von Kapitalgebern. Das Ergebnis ist absehbar: Immer weniger Neubau, weniger Angebot, noch höhere Mieten.

Wohnraum schaffen – aber wie?

Eine konsequente Politik der Entlastung – steuerlich, regulatorisch und energetisch – würde Investoren zurückbringen, Neubau ankurbeln und Wohneigentum bezahlbar machen. Wenn dann noch die Nachfrage durch eine echte Migrationswende auf ein normales Niveau sinkt, entspannt sich der Markt von selbst, ganz ohne Altparteien-Sozialismus!

„Ohne Zuwanderung bräuchten wir drei Millionen Wohnungen weniger“

www.tichyseinblick.de/interviews/marc-bernhard-baupolitik/



² wohnglueck.de/artikel/baupreise-79162

Welche Lösungen hat die AfD?

- ▶ CO₂-Steuer sofort und vollständig in allen Bereichen streichen
- ▶ Heizungsgesetz (GEG/GMG) abschaffen, freie Heizungswahl statt Wärmepumpenzwang
- ▶ Teuren Dämmwahn beenden, Wirtschaftlichkeit berücksichtigen
- ▶ Energiepreise durch echte Technologieoffenheit senken, u.a. Rückkehr zur Kernkraft
- ▶ Grunderwerbsteuer streichen, Eigentum wieder finanzierbar machen
- ▶ Grundsteuer abschaffen und Wohnkosten auch für Mieter dauerhaft senken
- ▶ Baugenehmigungen schneller und einfacher machen
- ▶ Bürokratie und Bauvorschriften radikal zusammenstreichen
- ▶ Illegale Zuwanderung stoppen und Grenzen schützen
- ▶ Ausreisepflichtige konsequent und zügig abschieben

Arbeitskreis Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Wohnen darf kein Luxus sein – jeder Deutsche muss sich wieder ein eigenes Zuhause leisten können. Doch was erleben wir seit Jahren? Wohnungsnot, steigende Mieten, illegale Massenmigration, explodierende Baukosten, immer neue Vorschriften und eine absurde Klima-Ideologie, die das Bauen für viele unbezahlbar macht.

Die Kartellparteien haben über Jahrzehnte hinweg ein Baubürokratie- und Kostenmonster erschaffen, das inzwischen praktisch die gesamte Baubranche zum Stillstand bzw. in den Kollaps geführt hat.

Daher setzen wir uns im Bundestag dafür ein, dass Schluss ist mit dieser verfehlten Politik. Der Traum vom Eigenheim darf nicht länger an überzogenen Dämmvorgaben, wahnwitzigen Heizungsregelungen oder rein ideologisch motivierten „grünen“ Auflagen scheitern. Wer bauen will, braucht keine Verbote, sondern endlich Freiheit, Unterstützung und Transparenz.

Die sogenannte „Energiewende“ treibt insbesondere die Preise für Neubauten und Sanierungen in absurde Höhen. Wärmepumpenpflicht, Dämmwahnsinn, Solarpflicht auf jedem Dach – das alles macht ein Eigenheim für viele Familien schlicht unbezahlbar.

AK24: Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

www.afdbundestag.de/arbeitskreise/bauen-wohnen



Wir lehnen den Klimawahn entschieden ab. Statt Zwang und Umerziehung setzen wir auf gesunden Menschenverstand, Technologieoffenheit, Wettbewerb und den freien, mündigen Bürger.

Bauen wieder erschwinglich machen

Wir wollen Bauen wieder einfacher und günstiger machen: weniger Vorschriften, kürzere Genehmigungszeiten und v.a. weg mit der CO₂-Luftsteuer. Darüber hinaus fordern wir die Abschaffung der Grunderwerbsteuer sowie der Grundsteuer, den Abbau überflüssiger EU-Vorgaben und die Rückkehr zu bewährten Bauformen. Das alles, damit sich junge Familien wieder ein eigenes Häuschen leisten können – ob in der Stadt oder auf dem Land.

Unser Ziel ist: Mehr Eigentum für die Bürger statt immer mehr Kontrolle durch den Staat. Die Menschen sollen selbst entscheiden können, wie und wo sie leben möchten. Nur die AfD steht für eine realistische, bürgernahe und bezahlbare Bau- und Wohnungspolitik – aus Liebe zur Heimat und Verantwortung für kommende Generationen. |



Vorne v.l.n.r.: Carolin Bachmann, Marc Bernhard (Leiter Arbeitskreis), René Bochmann, Otto Strauß
2. Reihe: Volker Scheurell, Dr. Paul Schmidt, Sebastian Münzenmaier, Olaf Hilmer
3. Reihe: Bastian Treuheit, Alexander Arpaschi, Rocco Kever
4. Reihe: Denis Pauli, Hans-Jürgen Goßner, Udo Hemmelgarn

Arbeitskreis Wirtschaft und Energie

Das, was in Deutschland seit zig Jahren unter der Worthülse „Energiewende“ läuft, ist in Wahrheit energiepolitischer Selbstmord und steuert unser Land geradewegs ins wirtschaftliche Nirgendwo. Wir im Arbeitskreis „Wirtschaft und Energie“ der AfD-Bundestagsfraktion machen uns stark für eine Politik, die wieder auf Vernunft, Realitätssinn und die Interessen der eigenen Bürger setzt.

Strompreise auf Rekordniveau, Unternehmen-Abwanderung, massenhaft Insolvenzen – das ist die verheerende Bilanz der sogenannten „Klimarettung“. Während andere Länder auf sichere, günstige Energie setzen, sprengt unsere Regierung funktionierende Kraftwerke in die Luft, verbietet Öl- und Gasheizungen und träumt von einer Märchenwelt, die sich nur mit Solarpanels und Windmühlen dreht.

Doch die Realität sieht anders aus: Unser Stromnetz ist am Limit, die Versorgung unsicher und Strom für viele Menschen und Unternehmen unbezahlbar. Auch ein großer Blackout, wie im April 2025 in Spanien, kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

Schluss mit dieser ideologiegetriebenen Politik!

Energie muss günstig, sicher und grundlastfähig sein. Deshalb fordern wir die Rückkehr zur Kernenergie. Moderne Kernkraftwerke sind sicher, sauber und liefern preiswerte und verlässliche Energie rund um die Uhr. Grundsätzlich fordern wir echte Technologieoffenheit als das Maß der Dinge.

Dasselbe gilt für unsere Wirtschaft. Diese braucht keine CO₂-Steuern, keinen Bürokratiewahn und keine Energierationierung, sondern sie braucht endlich Freiraum zum Wachsen, Innovationsfreundlichkeit und Planbarkeit. Hier ist kein Platz für Klimazwang, denn Ideologie zerstört unseren Wohlstand.

Für eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft

Wir wollen eine freie, leistungsfähige Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und unseren Wohlstand sichert – ohne Gängelung, ohne Umerziehung, ohne „grüne“ Verbote oder Zwang. Dazu gehört eine Energiepolitik, die den Namen verdient statt eines planwirtschaftlichen Amoklaufs, wie ihn Robert Habeck begann und Katherina Reiche nun genauso fortsetzt.

Wir wollen, dass wieder in Deutschland investiert, produziert und gearbeitet wird. Nicht in China, nicht in den USA, sondern hier bei uns. Dafür braucht es eine stabile Energieversorgung zu fairen Preisen. Das geht jedoch nur mit einer Regierung, die sich zuerst um das eigene Land kümmert: Die AfD!

AK09: Wirtschaft und Energie

www.afdbundestag.de/arbeitskreise/wirtschaft-energie



Vorne v.l.n.r.: René Bochmann, Adam Balten, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Leif-Erik Holm (Leiter Arbeitskreis), Dr. Malte Kaufmann, Uwe Schulz, Enrico Komning, Raimond Scheirich

Hinten: Christian Douglas, Bernd Schattner, Mathias Weiser, Dirk Brandes, Stefan Henze, Christian Reck, Georg Schroeter, Dr. Rainer Kraft, Ruben Rupp, Manfred Schiller, Andreas Mayer, Kay-Uwe Ziegler



Der Westen wacht auf!

Dem Osten auf den Fersen sind Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz: Jeweils bestes AfD-Ergebnis bei einer Landtagswahl in Westdeutschland

Das Superwahljahr begann in Baden-Württemberg bereits mit einem sensationellen Ergebnis, denn die AfD konnte ihre Stimmenanteile bei der Landtagswahl gegenüber 2021 nahezu verdoppeln und hatte den stärksten Zuzug aller Parteien. Wer das nun als regionales Phänomen abtut, hat die politische Realität in Deutschland nicht verstanden.

Zwei Wochen später folgte die Fortsetzung

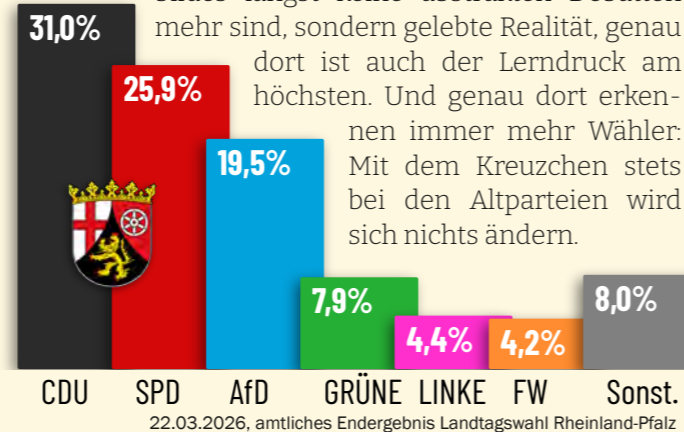
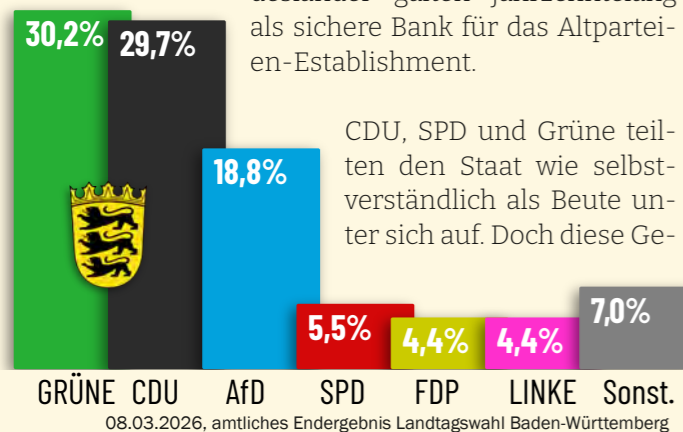
Was sich in Baden-Württemberg zeigte, war kein Ausrutscher, sondern ein klares Muster. Auch die Wahl in Rheinland-Pfalz sorgte wieder für einen Rekord und das bisher beste Wahlergebnis der AfD bei einer Landtagswahl im Westen. Die westlichen Bundesländer galten jahrzehntlang als sichere Bank für das Altparteien-Establishment.

wissheit bröckelt, die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen sind dafür der bislang deutlichste Beweis.

Erneut Direktmandat gewonnen

Besonders aufschlussreich ist, wo die AfD ihre stärksten Ergebnisse holte. In Mannheim z.B. gelang der Einzug erneut über ein Direktmandat und in Pforzheim sowie Kaiserslautern wurde die AfD bei den Zweitstimmen stärkste Kraft. Das sind keine Zufallsergebnisse, das sind insbesondere die Regionen, in denen die Bürger den bunten „Wir-schaffen-das“-Irrsinn andauernd ganz ungefiltert erleben.

Dort, wo unkontrollierte Zuwanderung, steigende Kriminalität und der schleichende Wandel des Stadtbildes längst keine abstrakten Debatten mehr sind, sondern gelebte Realität, genau dort ist auch der Lerndruck am höchsten. Und genau dort erkennen immer mehr Wähler: Mit dem Kreuzchen stets bei den Altparteien wird sich nichts ändern.



Der Westen lernt – notgedrungen

Das ist die eigentliche Botschaft dieses Wahlergebnisses: Nicht die Prozenste allein, sondern wo sie entstanden sind. Der Westen Deutschlands hat lange geschlafen. Politisch behütet, medial von jahrzehntelanger Staatsfunk-Propaganda eingulult und von den Altparteien mit Versprechen, die ausnahmslos alle gebrochen wurden, lange Zeit ruhiggehalten. Doch das „bunte“ Leben in immer größerem Ausmaß wird für viele Menschen zunehmend unerträglich.

Was im Osten schon länger sichtbar ist, erreicht nun schrittweise auch den Westen: Die nüchterne Erkenntnis, dass die politische Klasse der letzten Jahrzehnte die Probleme nicht löst, weil sie sie entweder nicht sieht, nicht sehen will oder aktiv mitverursacht hat. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind die Vorbote. Es werden weitere folgen.

dert nicht den Aufstieg der AfD – sie beschleunigt ihn. Denn jedes Mal, wenn die CDU einen demokratischen Kompromiss mit der AfD verweigert und statt-

Landtagswahlen 2026

	Baden-Württemberg	08.03.
	Rheinland-Pfalz	22.03.
	Sachsen-Anhalt	06.09.
	Mecklenburg-Vorpommern	20.09.
	Berlin	20.09.

dessen mit Grünen oder SPD koaliert, bestätigt sie den Wählern, dass ihre Stimme für die AfD der einzig wirksame Protest ist. Diese Lektion wird gelernt – im Osten wie auch im Westen.

Ein Signal, das bleibt

Überall dort, wo die Bürger die Folgen verfehlter Politik unmittelbar spüren, wächst der politische Druck rasant und die zentrale Frage wird lauter: Wer löst die Probleme wirklich und wer redet nur?

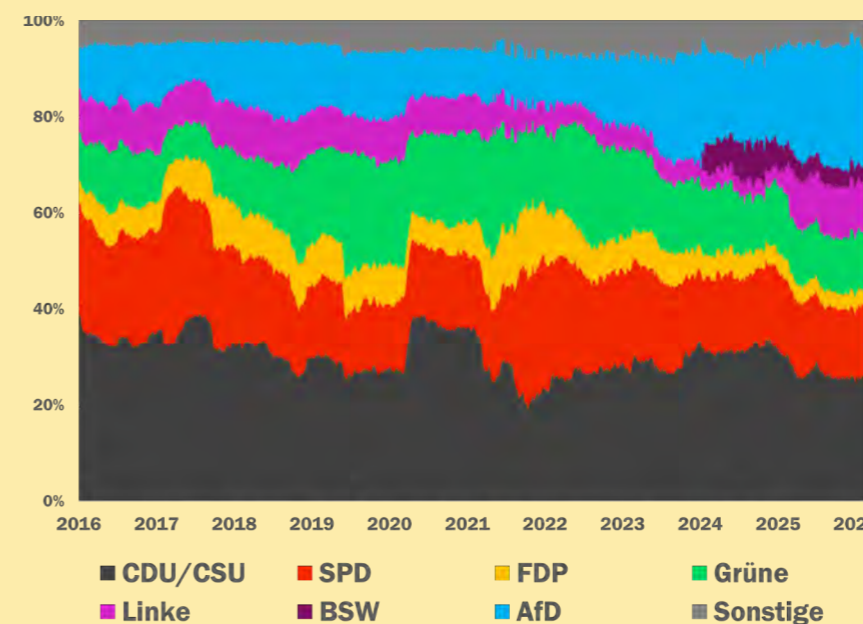
Insofern ist es bloß eine Frage der Zeit, wann selbst die hinterlistigsten Tricks von Kartellparteien und Staatsfunk ihre Mehrheiten nicht mehr sichern können.

Der Osten ist dem Westen rund drei Jahre voraus. Dann werden sich auch bei den noch schlafenden Wessis ähnlich hohe Wahlergebnisse zeigen wie im Osten.

»Wir werden wohl dieses Jahr den ersten AfD-Ministerpräsidenten in Deutschland sehen!«

Wer die Entwicklung der letzten Monate nüchtern betrachtet, wird obigen Satz sicher nicht mehr für übertrieben halten.!

Wahlrend zur Bundestagswahl



Quelle: dawum.de/Bundestag

Die Brandmauer als politisches Eigentor

Eben diese Arroganz der Macht zeigte sich nach den Wahlen: CDU und AfD hätten zusammen jeweils eine klare konservative Mehrheit im Land, wäre da nicht die antidemokratische „Brandmauer“. Die AfD-BW hat deshalb der CDU eine Minderheitsregierung unter ihrer Duldung angeboten, doch diese hat abgelehnt. Stattdessen koalitiert die CDU als Juniorpartner mit den Grünen. In Wahrheit ist die „Brandmauer“ daher ein Selbstsperrungsmechanismus. Sie verhin-

Das AfD-Programm

www.afd.de/themen



Pressekonferenzen +++ der AfD-Bundestagsfraktion +++

In Sitzungswochen des Deutschen Bundestages stellen wir immer dienstags um 09:00 Uhr aktuelle Anträge und Themen unserer Bundestagsfraktion vor und kündigen parlamentarische Initiativen an

Die Pressekonferenz ist ein wichtiges Mittel, um noch vor der Einbringung eines Antrags und der eigentlichen Rede im Plenarsaal das Thema der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und unsere Lösungsansätze mit den Vertretern der Medien zu diskutieren.

Durch die Trilogie aus vorbereitender, begleitender und nachbereitender Debatte und Berichterstattung erreichen wir die maximale Aufmerksamkeit für unsere Anliegen.

Die Pressekonferenzen werden immer live in unseren sozialen Medien übertragen. So haben Sie auch

die Möglichkeit, den Journalisten auf die Finger zu schauen und ihre nachfolgende Berichterstattung mit dem tatsächlich von uns gesprochenen Wort abzugleichen.

Je zahlreicher Sie meine Kanäle in den sozialen Medien abonnieren und vor allem auch meine Beiträge teilen, desto größer wird unser mediales Gegengewicht. Wir werden täglich mehr!

Meine Pressekonferenzen

www.youtube.com/@Marc-Bernhard/playlists



Kommunen sind pleite – und der Bund presst weiter „Flüchtlinge“ rein



CDU bricht Wahlversprechen: Teures Gesetz wird nicht abgeschafft, sondern umbenannt!



Günstiger Strom – oder Kollaps der Wirtschaft!



V.l.n.r.: Diana Zimmer, Dr. Bernd Baumann, Marc Bernhard, Dr. Christian Wirth

Fahren Sie nach Berlin



Besuchen Sie mich im Deutschen Bundestag!

Ich lade Sie herzlich nach Berlin ein! Mit einem umfangreichen und interessanten Rahmenprogramm bekommen Sie weitere Einblicke in meine Arbeit und erleben den Bundestag und unsere Institutionen ganz direkt mit Informationen aus erster Hand.

Die aktuellen Reisettermine

www.marcbernhard.de/termine



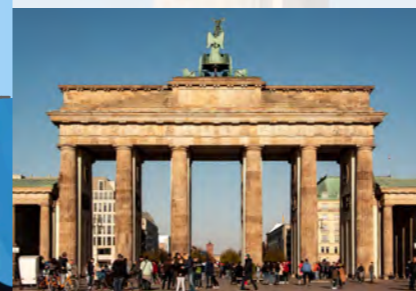
Verbringen Sie mit Gleichgesinnten einige schöne und spannende Tage in der Hochburg der deutschen Politik, die einerseits die größte Chance, aber leider auch die größte Gefahr für unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Heimat bedeutet. Denn hier in Berlin herrscht längst ein Kartell der Altparteien.

Ein historischer Exkurs in herausragende Museen und repräsentative Gedenkstätten runden die viertägige Bildungsreise ab.

Die Fahrten werden über mein Wahlkreisbüro in Karlsruhe koordiniert und betreut. Teilnehmer bekommen die Fahrt- und Übernachtungskosten sowie den Großteil der Verpflegungskosten vom Bundespresseamt gestellt. Lediglich der Eintritt (z.B. für Museen) ist selbst zu bezahlen.

Neugierig geworden? Fragen Sie gerne in meinem Wahlkreisbüro nach

marc.bernhard.wk@bundestag.de
0721 / 851 449 48



Mogelpackung aus Brüssel

EU-Verbrennerverbot ist nicht gekippt, nur kaschiert. Die angebliche Wende ist eine Farce auf Kosten Deutschlands

Die Schlagzeilen überschlugen sich: Das Verbrennerverbot sei endlich vom Tisch, Brüssel habe nachgegeben, der Verbrennungsmotor wieder gerettet. Was die EU-Kommission im Dezember 2025 tatsächlich beschlossen hat, ist jedoch das genaue Gegenteil einer Kehrtwende, denn es ist ein politischer Taschenspielertrick auf Kosten der deutschen Automobilindustrie.



Wer genau hinschaut, erkennt die Täuschung sofort. Der neue EU-Vorschlag senkt die Zielmarke für CO₂-Reduktion bei Neuwagen lediglich von 100 auf 90%. Das klingt zwar nach einer Lockerung, in Wahrheit aber bedeutet es: Für jeden verkauften Verbrenner müssen neun Elektroautos abgesetzt werden. Von einer Rückkehr des Verbrennungsmotors als Massenprodukt kann da sicher keine Rede sein.

Schlupfloch nur für Luxuskarossen

Was bleibt, ist ein winziges Nischenfenster für Hochpreismodelle – für Ferrari, Lamborghini, Rolls-Royce und vielleicht Porsche. Der VW Golf, der BMW 3er oder der Mercedes der Mittelklasse sind für den Mas-

senmarkt als Verbrenner ab 2035 genauso tot wie zuvor. Die 90-Prozent-Regelung ist kein Kompromiss, sie ist eine Alibi-Regelung, die Normalverdiener von der freien Antriebswahl ausschließt.

Dabei ist der Markt längst eindeutiger Zeuge dafür, dass die E-Mobilität ohne staatliche Stütze auf tönernen Füßen steht. Als Wirtschaftsminister Habeck 2024 den Umweltbonus abrupt abschaffte, brach der Absatz von Elektroautos deutlich ein. Neuwagenkäufer entschieden sich wieder häufiger für einen Verbrenner, weil ein Elektroauto ohne Subventionen schlicht kein konkurrenzfähiges Angebot darstellt.

Subventionierter Ladenhüter E-Auto und Hybrid

Was sich nur mit Milliarden an Subventionen und Steuerprivilegien verkauft, ist sicher kein Erfolgsmodell. Die meisten E-Auto- und Hybrid-Neuzulassungen gehen an Unternehmen, die von steuerlichen Sonderregeln profitieren. Plug-in-Hybride sehen außerdem i.d.R. nie eine Steckdose und fahren schlicht als Verbrenner. Für den Normalbürger lohnt sich das ohne Förderung nicht. Das ist keine Marktwirtschaft, das ist Planwirtschaft mit „grünem“ Anstrich.

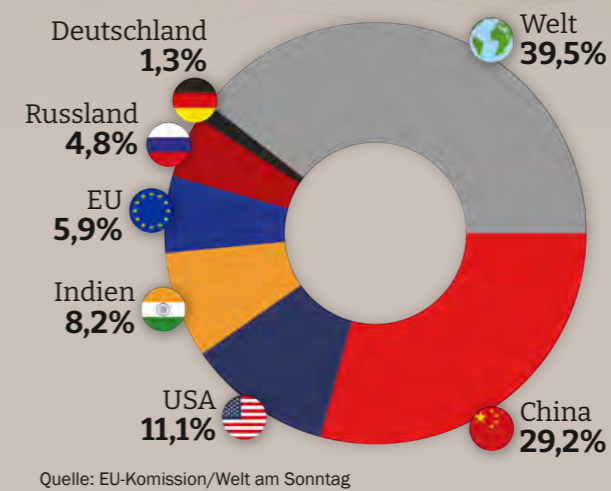
CDU als Urheber des Verbots

Besonders interessant ist dabei, wer diesen Kurs zu verantworten hat. Gerne wird das Verbrennerverbot als „grüne“ Ideologie abgestempelt. Doch der Vater dieses Verbots sitzt nicht bei den Grünen – er sitzt in der CDU. Es war EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die den „Green Deal“ mit dem Verbrennerverbot als Herzstück auf den Weg gebracht hat. Und es war Angela Merkel, die diesen Kurs mitgetragen und vorangetrieben hat. Die CDU, die heute lautstark Widerstand mimiert, hat dieses Desaster selbst herbeigeführt.

Doch selbst wenn man all das akzeptierte, man sogar dem CO₂-Narrativ vollständig folgte und der EU

ihren „Klima“-Anspruch nicht streitig machte, bliebe eine vernichtende Rechnung: Der Anteil der EU am weltweiten CO₂-Ausstoß beträgt lediglich rund acht Prozent. Davon entfallen auf den gesamten Pkw-Verkehr innerhalb der EU gerade einmal etwa 14 Prozent. Das bedeutet: Selbst wenn Europa morgen jeden Verbrenner-Pkw vom Markt nähme, würde der weltweite CO₂-Ausstoß um kaum mehr als ein Prozent sinken.

CO₂-Ausstoß weltweit



Verbrennerverbot also gar nicht gekippt. Die EU-Kommission hat mit ihrem Dezember-Vorschlag lediglich eine Nebelkerze gezündet. Was bleibt, ist ein de-facto-Verbot des Massenverbrenners, verkleidet als Reform.

Hunderttausende Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferbranche stehen auf dem Spiel für eine irre „Klimaschutz“-Ideologie. Die AfD wird mit diesem wirtschaftlichen Selbstmord Schluss machen.!

»Das Verbrennerverbot ist der größte Sargnagel für Deutschlands Automobilindustrie, dem Rückgrat unserer Wirtschaft.«

Während Europa seine Industrie auf dem Altar des Klimaschutzes opfert, bauen China, Indien und die USA ungehemmt neue Kohlekraftwerke und emittieren munter weiter. Das Ergebnis ist maximaler wirtschaftlicher Schaden für unsere Industrie bei minimalem – faktisch nicht messbarem – „Klima“-Effekt. Deutschland, dessen Wohlstand zu einem erheblichen Teil auf der Automobilindustrie und ihren Zulieferern beruht, zahlt hierbei den höchsten Preis für eine Politik, die weder dem „Klima“ noch den Menschen nützt.

Ende der Verbotspolitik

Entgegen den Verlautbarungen der Kartellparteien und dem ihnen wohlgesonnenen Staatsfunk, ist das

Deindustrialisierung stoppen – Verbrenner-Verbot aufheben

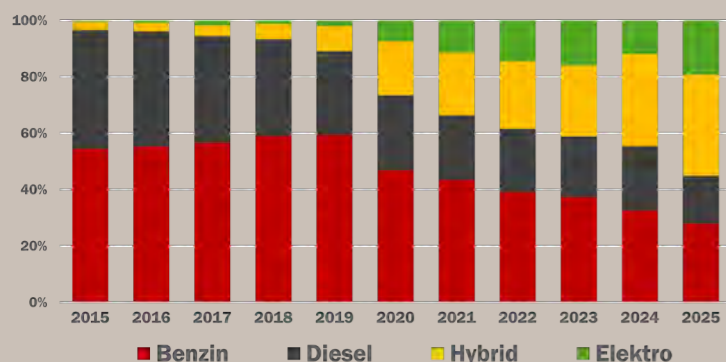
afdbundestag.de/deindustrialisierung-stoppen-verbrenner-verbot-aufheben/



Forderungen der AfD

- Vollständige Rücknahme des Verbrennerverbots:** Wir fordern, das EU-Verbrennerverbot vollständig zurückzunehmen und Verbrennungsmotoren ohne Einschränkungen dauerhaft zuzulassen.
- Abschaffung der EU-Flottengrenzwerte und Strafzahlungen:** Milliarden-Strafzahlungen für Hersteller müssen entfallen – EU-Flottengrenzwerte gehören komplett abgeschafft, nicht „reformiert“.
- Technologieoffenheit statt Verbotspolitik:** E-Fuels, Wasserstoff, Elektroantrieb und Verbrenner sollen gleichberechtigt konkurrieren, ohne ein staatlich verordnetes Technologie-monopol der E-Mobilität.
- Ende des Klimawahns:** Die USA sind aus dem Klimaabkommen ausgetreten, die Chinesen interessieren sich nicht dafür und der Rest der Welt macht, was er will. Darum Schluss mit der wirtschaftlichen Selbstzerstörung.

Pkw-Neuzulassungen In Deutschland nach Antriebsart



Auswahl meiner wichtigsten Anträge im Deutschen Bundestag

Drucksache 21/5485

Kommunales Vetorecht gegen Zwangszuweisungen von Flüchtlingen

dserver.bundestag.de/btd/21/054/2105485.pdf



Drucksache 21/4265

Wahlversprechen einhalten – Heizungsgesetz abschaffen

dserver.bundestag.de/btd/21/042/2104265.pdf



Drucksache 21/3147

Kommunen, Landschaft und Natur schützen – Keine Sonderrechte für Windkraft-, Solar- und Wasserstoffanlagen

dserver.bundestag.de/btd/21/031/2103147.pdf



Drucksache 21/3146

Zerstörung der Lebensräume verhindern – Wind- und Photovoltaikindustrie zurückdrängen

dserver.bundestag.de/btd/21/031/2103146.pdf



Drucksache 21/2714

Abwanderung der deutschen Industrie ins Ausland stoppen

dserver.bundestag.de/btd/21/027/2102714.pdf



Drucksache 21/2545

180-Grad-Wende bei Windindustrie und Photovoltaik einleiten

dserver.bundestag.de/btd/21/025/2102545.pdf



Drucksache 21/2114

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Entschließungsantrag)

dserver.bundestag.de/btd/21/021/2102114.pdf



Drucksache 20/11624

Elf Punkte für unsere Heimat – Kommunen stärken

dserver.bundestag.de/btd/20/116/2011624.pdf



Drucksache 21/1663

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Entschließungsantrag)

dserver.bundestag.de/btd/21/016/2101663.pdf



Drucksache 21/1553

Eigentümer und Mieter vor Klimapolitik schützen – Wohnflächensteuerung beenden

dserver.bundestag.de/btd/21/015/2101553.pdf



Drucksache 21/227

Kein Heizungsgesetz durch die Hintertür – CO₂-Bepreisung abschaffen

dserver.bundestag.de/btd/21/002/2100227.pdf



Drucksache 21/225

Deindustrialisierung stoppen – Verbrenner-Verbot aufheben

dserver.bundestag.de/btd/21/002/2100225.pdf



Drucksache 20/14697

Keine Klimaabgaben, kein Geld für CO₂-Bepreisung abschaffen

dserver.bundestag.de/btd/20/116/2011624.pdf



Drucksache 20/11623

Kommunale Selbstverwaltung stärken – Fremdbestimmung durch Migrations- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung verhindern und Förderstruktur reformieren

dserver.bundestag.de/btd/20/116/2011623.pdf



Ausgewählte Anfragen aus meinen Themen- und Fachbereichen

Drucksache 21/3275

Windkraftanlagen in Deutschland

dserver.bundestag.de/btd/21/032/2103275.pdf



Mein Fazit:

Die Regierung gibt schwarz auf weiß zu, was die AfD seit Jahren sagt: Windkraft liefert keine gesicherte Leistung, ist wetterabhängig und erfordert eine teure Doppelstruktur aus Windrädern plus konventionellen Kraftwerken. Trotz 25 Jahren Milliarden-Investitionen und massiver Landschafts- und Naturzerstörung bleibt das System instabil und unbezahlbar. Statt Fehler einzugestehen, drückt die Bundesregierung weiter aufs Gaspedal und verweist nebulös auf „zukünftige Pläne“.

Drucksache 21/3531

Entsorgung ausgedienter Windindustrieanlagen

dserver.bundestag.de/btd/21/035/2103531.pdf



Mein Fazit:

Die Regierung (federführend BMU) bestätigt indirekt genau das Desaster, das die AfD seit Jahren anprangert: Windindustrieanlagen mit einer Lebensdauer von nur ca. 20 Jahren erzeugen ein gigantisches, ungelöstes Müllproblem – und der Bund scheint weder Übersicht noch Plan zu haben und keine Verantwortung übernehmen zu wollen.

Drucksache 21/4711

Radschnellwege mit Bundesförderung und die Belastung kommunaler Haushalte

dserver.bundestag.de/btd/21/047/2104711.pdf



Mein Fazit:

Die Bundesregierung bagatellisiert und ignoriert die finanziellen Risiken für die ohnehin hochverschuldeten Kommunen und verschiebt

die Verantwortung bewusst auf Länder und Städte. Das grün-rote Mobilitäts-Ideologieprojekt „Radschnellwege“ wird mit viel Tamtam angekündigt (fast 400 Mio. Euro Bundesmittel), entpuppt sich aber als klassischer Kosten-Abwälzungs-Trick auf den Steuerzahler vor Ort.

Drucksache 21/4565

Mehrkosten und regulatorische Hürden im sozialen Wohnungsbau durch energiepolitische und ideologische Vorgaben

dserver.bundestag.de/btd/21/045/2104565.pdf



Mein Fazit:

Die Antwort ist der blanke Beweis für die verfehlte Politik der Regierung. (Klima-)Ideologie geht vor bezahlbarem Wohnraum für deutsche Familien. Trotz Wohnungsknappheit und explodierender Kosten wird keine echte Entlastung angekündigt – stattdessen wird der Soziale Wohnungsbau als „Stabilitätsanker“ verkauft, obwohl die Förderzahlen die reale Krise nicht lösen. Pragmatisches, kostengünstiges Bauen bleibt unter ferner liefen.

Drucksache 21/4679

Berichte über mangelnde Besteuerung bei Immobilien im Besitz von ausländischen Bürgern

dserver.bundestag.de/btd/21/046/2104679.pdf



Mein Fazit:

Die Bundesregierung leugnet das Problem und betreibt klassische Verharmlosung und Verantwortungsverweigerung. Statt die eklatanten Missstände aus dem rbb-Bericht (ausländische Bürger seien unkontrolliert „für Hunderte Immobiliengeschäfte in Berlin“ verantwortlich) anzuerkennen oder zu beheben, erklärt sie lapidar: Sie „stimmt weder den Wertungen zu, noch bestätigt sie die Feststellungen oder dargestellten Sachverhalte“ und schiebt das Problem den Ländern zu.

Vor Ort – beim Bürger

BLICK-BRENN-STAND-PUNKTE

Außerhalb der Sitzungswochen bin ich im Ländle sowie bundesweit auf Vorträgen, Stammtischen, Infoständen, Bürgerdialogen und Kundgebungen unterwegs. Bei den Bürgern vor Ort erfahre ich hautnah, was ihre wichtigsten Anliegen sind. |

Gerne komme ich auch in Ihren Kreisverband

Kontakt und Infos:
marc.bernhard.wk@bundestag.de
0721 / 851 449 48



DAS MAGAZIN VON MARC BERNHARD MDB

Wer zuletzt lacht...

War heute auf dem Finanzamt:

Ich: „Wann kann ich Urlaub nehmen?“

Finanzamt: „Sie sind doch gar nicht hier beschäftigt.“

Ich: „Aber ich arbeite fast ausschließlich für Sie!“

Wir haben schon damals erfolgreich die Probleme verursacht, die wir heute beherzt zu lösen verhindern!

Guten Tag, ich bin von der GEZ.
Das wurde auch Zeit! Kommen Sie rein und schauen Sie sich den Mist mal an, für den ich bezahlen soll!

Ich bin sicher, dass sie sich in ein oder zwei Generationen an unsere Kultur anpassen und ebenfalls Indianer werden!

Hm, also heute liefern die überhaupt nix.
Genau, deshalb brauchen wir mehr davon!

Der Staat, nachdem er Dich zusammengeschlagen, ausgeraubt und Dir von Deinem eigenen Geld ein paar Krücken verschrieben hat, mit den Worten: „Ohne uns könntest Du gar nicht laufen!“



Die Leute in Russland werden doch alle durch das Staatsfernsehen indoktriniert und manipuliert.
Woher willst Du das wissen?
Das habe ich in der Tagesschau gehört.

Merz wollte endlich mal etwas Stärke zeigen!

DER DOKTOR DIE PRIVAT-PERSON DER TENNIS-SPIELER

Deutschland ist schon bald das einzige arabische Land ohne Öl und Gas.
#StadtBild

DER EINZIGE GRÜNE DEN ICH MAG!

Auf deutschen Konten liegen 2,8 Billionen Euro!



„Stellen Sie sich einen kurzen Augenblick vor, wir wären in der Lage, davon nur 10 Prozent zu mobilisieren...“
Friedrich Merz

Wenn man nachts plötzlich das Geräusch eines Hubschraubers hört...



Jens Spahn hat Steckdosen für 5 Mrd. Euro gekauft, um die Berliner vor erneutem Stromausfall zu schützen.

Arbeiter Zeitung
ARBEITNEHMER
Krankenstand in Deutschland: Kanzler Merz bekräftigt seine Kritik
Durchschnittlich 14,5 Tage im Jahr sind die Deutschen krank. Laut Kanzler Merz könnte die Zahl noch höher liegen und sei damit „zu hoch“.
19.01.2026 · 19.01.2026, 16:45 Uhr

BZ DIE STIMME BERLINS
15.01.2025, 18:36 Uhr
Gunnar Schupelius – Mein Ärger
Niemand ist häufiger krank als die Mitarbeiter der Bundesregierung
Viele Fehltag: Im Bundeskanzleramt (bei der Staatsministerin für Kultur) ist der Krankenstand mit durchschnittlich 27 Tagen pro Mitarbeiter und Jahr am höchsten Foto: pdz fgj

Wir machen Deutschland wieder großartig!

Machen Sie mit?



Jetzt
Mitglied
werden!



Deutscher Bundestag

Marc Bernhard
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 72 135
marc.bernhard@bundestag.de

Wahlkreisbüro Karlsruhe

Marc Bernhard
Postfach 31 13 60
76143 Karlsruhe

Tel.: 0721 / 851 449 48
marc.bernhard.wk@bundestag.de

- facebook.com/MarcBernhardAfD
- instagram.com/marc_bernhard
- youtube.com/@Marc-Bernhard
- tiktok.com/@marcbernhard
- x.com/MarcBernhardAfD
- www.marcbernhard.de
- t.me/MarcBernhard

